

## PRESSE-MITTEILUNG

Die Grünen im Bayerischen Landtag, Pressestelle  
Tel.: 089/4126-2734 oder 089/4126-2736  
Maximilianeum, 81627 München, Fax: 089/4126-1762  
e-Mail: [presse@gruene-fraktion-bayern.de](mailto:presse@gruene-fraktion-bayern.de)  
Internet: [www.gruene-fraktion-bayern.de](http://www.gruene-fraktion-bayern.de)

---

# Eklat im Rechtsausschuss

CSU peitscht Versammlungsverhinderungsgesetz durch  
und ignoriert massenhafte Petitionen

München (10.07.08/bea). Die Grünen im Bayerischen Landtag kritisieren scharf den heutigen Eklat im Rechtsausschuss bei der Beratung des von der CSU geplanten Versammlungsverhinderungsgesetzes. „Bis gestern sind mehrere hundert Petitionen mit ca. 1000 Unterschriften bayerischer Bürger und Bürgerinnen eingegangen“, erklärt die rechtspolitische Sprecherin **Christine Stahl**. Auch Verbände mit zehntausenden Mitgliedern hätten Petitionen eingereicht. „Das zeigt deutlich, dass die Bevölkerung das unsinnige Versammlungsverhinderungsgesetz nicht will.“

Die CSU versuche trotzdem, mit allem Mitteln das vollkommen überflüssige Gesetz durchzupeitschen und zeige dabei einen respektlosen Umgang mit den Petenten und Petentinnen. „Indem erst der Gesetzentwurf beraten und dann die Petitionen gehört werden, werden die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger einfach nicht berücksichtigt.“ Die Landtagsgrünen fordern die Staatsregierung erneut auf, ihren Entwurf zurückzuziehen und werden die Petitionen im Plenum nächste Woche noch einmal zur Abstimmung stellen. Gegen eine Verschärfung des Versammlungsrechts spricht sich ein breites Bündnis von den Gewerkschaften bis hin zum Bund Naturschutz vehement aus.

**Christine Stahl:** „Unter dem Deckmäntelchen, gegen Neonazis vorzugehen, untergräbt die CSU ein zentrales Freiheitsrecht für alle Bürgerinnen und Bürger.“ So sieht die CSU umfassende neue Pflichten für die Veranstalter von Versammlungen vor und erlaubt es Verwaltungsbehörden und Polizei darüber hinaus, Daten von Verantwortlichen unbegrenzt zu speichern. „Es darf nicht sein, dass Bürgerinnen und Bürger, die ihre Meinung in der Öffentlichkeit deutlich machen wollen, eingeschüchtert und behindert werden.“

Die Grünen haben im Landtag einen eigenen Gesetzentwurf vorgelegt, der das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit nachhaltig sichern soll.

Mit freundlichen Grüßen  
Dr. Beate Kellermann,  
Pressereferentin